235. Dienstag den 8. Oktober 1861. 235.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Offizieren ꝛc. Orden zu verleihen und zwar: den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse: dem ersten Adjutanten Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Generalmajor Grafen von Lynden, dem Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs der Belgier und Chef des Generalstabes, Generalmajor Renard; den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Kaiserlich östreichischen Generalmajor und Brigadier beim 7. Armeekorps, Grafen Festetics von Tolna, dem Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, Brigadegeneral Fürsten von der Moskwa; den Rothen Adlerorden zweiter Klasse: dem Kurfürstlich hessischen Generalmajor und Brigadekommandeur von Loßberg; den Rothen Adlerorden dritter Klasse: dem Flügeladjutanten Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, Major von Reuter, à la suite des 2. Garderegiments zu Fuß, dem Landgräflich hessen-homburgischen Kammerherrn und Hofstallmeister Freiherrn von Buseck; den Rothen Adlerorden vierter Klasse: dem Kurfürstlich hessischen Premierlieutenant von Loßberg im Leib-Garderegiment.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den seitherigen Landrathsamts-Verweser, Kreisrichter Rudolph von Kehler, zum Landrathe des Kreises Chodziesen, im Regierungsbezirke Bromberg, zu ernennen; ferner: den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihnen verliehenen Medschidje-Ordens zu ertheilen, und zwar der ersten Klasse: dem Generaladjutanten und Oberstallmeister, Generallieutenant von Willisen, der dritten Klasse: dem Major von Schweinitz, aggregirt dem Generalstabe der Armee und kommandirt bei der Gesandtschaft in Wien, und der vierten Klasse: dem Sekondelieutenant von Willisen des 1. Brandenburgischen Ulanenregiments (Kaiser von Rußland) Nr. 3 und kommandirt zur Dienstleistung bei der 14. Division.

Am Gymnasium zu Sorau ist die Anstellung des Dr. Friedrich Hanow als Ordentlichen Lehrers genehmigt worden.

Der Privat-Erziehungs-Anstalt des Dr. Beheim-Schwarzbach zu Ostrowo bei Filehne ist die Bezeichnung „Pädagogium“ und dem Vorsteher derselben, Dr. Beheim-Schwarzbach, der Titel „Direktor“ beigelegt worden.

Der bisherige Kreisrichter Guderian zu Kosten ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Rawicz und zugleich zum Notar im Departement des Königlichen Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gostyn, ernannt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist von den Manövern der Königlich sächsischen Armee nach Albrechtsberg zurückgekehrt, und Se. Königliche Hoheit der Prinz Georg von Preußen von Ostende hier angekommen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Montag 7. Okt. Die heutige „Morning Post“ sagt, daß der König von Preußen durch seine Reise nach Compiègne wahrscheinlich nur den Besuch in Baden erwidere. Der König habe Recht, wenn er die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen auf besseren Fuß stellen wolle. Die Fragen im Norden und Westen Europa's existiren, ihre Lösung aber würde die Mitwirkung auch anderer Mächte als bloß Frankreichs und Preußens erfordern. „Morning Post“ zweifelt, daß der König von Preußen wie der Kaiser von Frankreich die Absicht haben, ihre Lösung durch den Besuch in Compiègne zu beschleunigen.

Compiègne, Montag 7. Okt., Mittags. Gegenwärtig findet die Treibjagd statt. Um 2 Uhr werden die Majestäten eine Promenade nach Pierrefonds machen, Abends einer Theatervorstellung beiwohnen. Die Zusammenkunft hat einen durchaus herzlichen Charakter.

Compiègne, Montag 7. Okt., Abends. Nach den getroffenen Dispositionen werden Se. Majestät der König morgen um 12½ Uhr Compiègne verlassen.

(Eingeg. 8. Oktober. 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 7. Okt. [Die „Times“ über Compiègne; preußische Erklärungen über das Rendezvous; Nobilitirungsgesuche; Nachrichten aus Warschau.] Der Timesartikel über die Compiègner Zusammenkunft kommt gerade auch noch zu gelegener Zeit, um die Meinung zu befestigen, daß die Reise unsers Königs nach Frankreich weit entfernt, die preußische Politik zu fesseln, vielmehr der Stellung Preußens größere Freiheit giebt. So lange die Herren an der Themse eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich als überaus unwahrscheinlich erachten durften und nicht in ihr Kalkul zu ziehen brauchten, so lange behandelten sie Preußen mit hochmüthigster Vornehmthuerei, als ob, trotz aller gegen dasselbe begangenen Unbill, dessen Freundschaft und Dienstwilligkeit unter allen Umständen Alt-England zur Seite stehen müßten. Für die Erinnerung an Stammesverwandtschaft, Religionsgemeinschaft und Sprachgenossenschaft, so wie an die Familienverbindung der Dynastien, hatte die „Times“ nur Spott und Hohn. Jetzt findet das Cityblatt sich veranlaßt, das alte Thema mit neuen rethorischen Floskeln zu variiren und selbst wiederholt den Grundsatz zu proklamiren, daß die Interessen Preußens und Englands identisch seien. Das Geständniß muß dem von Vorurtheil und Schmähsucht gegen Preußen erfüllten Blatte schwer geworden sein. Indessen würde man von preußischer Seite dasselbe gelten lassen dürfen, aber selbstredend nur unter zwei Bedingungen, nämlich zunächst müßten die britischen Staatsmänner sich herablassen, als preußisches Interesse das anzuerkennen, was man in Berlin, und nicht bloß in London, dafür ansieht, und dann müßten sie einige Bürgschaft dafür geben, daß sie nicht selbst zu unserem Nachtheil auf das Monopol der französischen Allianz spekuliren.

In französischen und östreichischen Blättern wird wiederholt die Nachricht verbreitet, daß unser Kabinet es angemessen erachtet hat, durch vertrauliche, an die deutschen Höfe gerichtete Depeschen die Bedenken und Mißdeutungen zu bekämpfen, welche bei Gelegenheit der Compiègner Zusammenkunft laut geworden waren. In ministeriellen Kreisen wird versichert, daß von Seiten des Berliner Kabinets kein Schriftstück der Art ausgegangen ist. Dagegen ist allerdings daran zu erinnern, daß die ministeriellen Organe in der Presse es sich haben angelegen sein lassen, dem Rendez-vous zu Compiègne jede wichtigere politische Bedeutung abzusprechen. Vor dem Ereigniß eine solche Erklärung in diplomatischen Aktenstücken abzugeben, wäre im hohen Grade taktlos gewesen. Doch ist die Erwartung nicht unberechtigt, daß unsere Regierung nach der Zusammenkunft sich über die Bedeutung der Sache vertraulich äußern werde. — Die Behauptung, daß die Krönungsfeier zu einer Fluth von Gesuchen um die Verleihung des Adels Veranlassung gegeben, ist schon mehrfach widerlegt worden. Wie ich höre, sind im Ganzen noch nicht hundert Nobilitirungsgesuche eingegangen. Man glaubt, daß vielleicht dreißig derselben Berücksichtigung finden werden. — Die Nachrichten aus Warschau konstatiren, daß in der Bewegungspartei der alte Zwist zwischen Aristokratie und Demokratie wieder lebhaft hervorbricht. Von Seiten der Demokraten wird die Theilnahme an den Wahlen ziemlich allgemein gemißbilligt. Zur Unterhaltung der Agitation hat man einen vollständigen revolutionären Kalender entworfen, um unablässig durch Bußandachten und Trauergottesdienste den kleinen Krieg der Demonstrationen fortzuführen.

☾ Berlin, 7. Okt. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König ist gestern Nachmittags 6 Uhr im besten Wohlsein in Compiègne eingetroffen (s. das Tel. in unserer gestr. Ztg; d. Red.). Der Jubel bei seiner Ankunft soll stürmisch gewesen sein. Die Königin ist noch in Baden-Baden zurückgeblieben und will erst am 9. d. mit dem Könige in Koblenz zusammentreffen, von wo aus die Majestäten dann zusammen die Rückreise nach Schloß Babelsberg antreten werden. — Der Prinz und die Prinzessin Karl kamen heute von Glienicke nach Berlin, wohnten der italienischen Opernvorstellung bei und fuhren dann wieder nach Potsdam zurück. Der Prinz Friedrich Karl ist heute Nachmittags 2 Uhr von Dessau hier angekommen. — Der Prinz Georg ist vom Schlosse Eller bei Düsseldorf, wo er einige Zeit bei seinen erlauchten Eltern zum Besuche verweilt hat, hier eingetroffen und begrüßte heute Vormittags die Königin Wittwe und die in Potsdam residirenden hohen Herrschaften. Der Prinz Alexander wird in diesen Tagen aus der Schweiz hierher zurückkehren, wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Fürsten von Hohenzollern und seinen Söhnen, dem Erbprinzen Leopold nebst Gemahlin, den Prinzen Karl und Anton und dem Herzog von Oporto. Der Fürst wird vor der Abreise nach Königsberg noch einige Ministerkonferenzen präsidiren. Eine Konseilssitzung soll auch noch unter dem Vorsitz des Königs auf Schloß Babelsberg abgehalten werden. — Die Frau Herzogin von Altenburg ist heute früh von Altenburg hier angekommen und wird, wie ich höre, auf einige Tage nach Schwerin gehen.

Der Hausminister v. Schleinitz konferirte heute mit den Ministern v. Auerswald, dem Grafen Schwerin, v. d. Heydt, v. Bethmann-Hollweg ꝛc. Der Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, hat von Stintenburg die Nachricht hierher gelangen lassen, daß er wahrscheinlich erst am Donnerstag nach Berlin kommen werde. Daß derselbe dem Könige nach Compiègne gefolgt ist, wird in gut unterrichteten Kreisen durchaus in Abrede gestellt. — Gestern kamen der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz auf der Rückreise nach Neustrelitz hier durch. Die hohen Herrschaften hatten mehrere deutsche Bäder besucht und kamen direkt vom Schlosse Rumpenheim bei Frankfurt a. M. — Gestern gingen zwei Extrazüge mit 850 Fahrgästen von hier nach Leipzig ab und kehrten heute früh zwischen 4 und 5 Uhr von dort zurück. — In der Stadt erzählt man sich von bedeutenden Unterschleifen, die bei der Kurmärkischen, so wie Niederlausitzschen ständischen Städte-Feuersozietät ꝛc. vorgekommen sind. Zwei Beamte sollen bereits vom Amte suspendirt sein und einer derselben sich in Haft befinden. Am Sonnabend waren die Vorstandsmitglieder, unter dem Vorsitz des Grafen Haeseler, zu einer mehrstündigen Konferenz versammelt und wurde der Verhaftete von zwei Schutzmännern vorgeführt. Derselbe soll eingestanden haben, nahezu 14,000 Thlr. veruntreut zu haben. Auch heute war wieder im Ständehause eine lange Sitzung. Dieser Vorfall macht hier große Sensation.

— [Konstitutionelles Wahlprogramm.] Von dem Präsidenten Hansemann, dem Stadtverordnetenvorsteher Lüttig, dem Vorsteher der Aeltesten der Kaufmannschaft Baudouin und noch 42 anderen, hochgeachteten und zum Theil auch in weiteren Kreisen wohlbekannten Namen unterzeichnet, ist so eben folgendes Wahlprogramm veröffentlicht worden:

Binnen wenigen Wochen werden wir in der Wahl unserer Volksvertreter das wichtigste Recht und die ernsteste Pflicht des preußischen Bürgers üben. Angesichts dieser im jetzigen Augenblicke besonders bedeutungsvollen Epoche unsers Staatslebens sprechen wir unsere Ueberzeugung von dem, was Preußen noth thut, vor unsern Mitbürgern aus. Treu dem König und dem angestammten Herrscherhaus halten wir unverbrüchlich fest an der konstitutionell-monarchischen Verfassung. In ihrer Durchführung durch alle Zweige der Staatsthätigkeit erblicken wir die sicherste Bürgschaft für die ungeschmälerte Erhaltung der Autorität der Krone, wie für die ersprießliche Fortentwickelung unserer öffentlichen Zustände. Den Ausbau der Verfassung erachten wir als die Aufgabe, welche der künftigen Volksvertretung durch den bisherigen Gang der preußischen Geschichte vorgezeichnet ist. Erhebung der geheiligten Person Sr. Majestät des Königs über die Kämpfe der politischen Parteien durch ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, verfassungsmäßige Verstärkung der Kontrolle über den Staatshaushalt, Befestigung der Grundlagen des Staates durch eine freisinnige Gemeinde- und Kreisordnung, Sicherstellung des Volksunterrichts und der Eheschließung gegen einen nachtheiligen Einfluß vorübergehender kirchlicher Anschauungen, Durchführung der Gleichberechtigung der Konfessionen, Belebung der wirthschaftlichen Thätigkeit durch eine sachgemäße Regelung des Gewerbewesens im Sinne freier Konkurrenz, sind Forderungen auf dem Gebiete des konstitutionellen Lebens, deren Erfüllung durch das dringendste unmittelbare Interesse geboten ist. Die glückliche Lösung dieser Aufgaben wird aber auch Preußens Macht und Ansehen nach Außen stärken und unserer Regierung bei der Begründung segensreicher, den berechtigten Einigungsbestrebungen des deutschen Volkes entsprechender Institutionen den gebührenden Einfluß sichern. Voll Vertrauen auf die im Kampfe um die Verfassung bewährten Räthe der Krone hoffen wir, daß es denselben gelingen wird — gekräftigt durch die Unterstützung der Volksvertretung —, alle Organe der Staatsverwaltung mit ihrem verfassungstreuen Geiste zu erfüllen und den Widerspruch zu beseitigen, in welchen die Majorität des Herrenhauses sich mit den allgemeinen Interessen gesetzt hat. Wir vertrauen, daß weise Sparsamkeit im Kriegswesen es ermöglichen werde, die Staatseinnahmen allen öffentlichen Bedürfnissen in richtigem Verhältnisse zur Verwendung zuzuführen und den altbewährten Ruf der preußischen Finanzverwaltung zu behaupten, ohne dem Staate den Schutz und die Stütze eines volksthümlichen, streitbaren Heeres zu entziehen. Vor Allem aber erachten wir es für dringend geboten, daß alle Diejenigen, welche mit uns in dem Bestande und der Fortbildung der Verfassung die Grundlage für die Freiheit, den Wohlstand und die Macht des Vaterlandes erblicken, bei den bevorstehenden Wahlen in Eintracht zusammengehen und daß nicht minder die von der gleichen Gesinnung geleiteten Mitglieder unseres künftigen Abgeordnetenhauses alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten dem Einen großen Ziele opfern, das konstitutionell-monarchische System in Preußen zur völligen Entfaltung zu bringen. Wir fordern alle Freunde der Verfassung auf, in diesem Sinne zu wählen und zu wirken.

— [Schulwesen.] Für die praktische Vorbildung der Schulamtskandidaten bestehen zur Zeit pädagogische Seminarien bei den Universitäten zu Berlin und Breslau, so wie bei der theologischen Fakultät der Universität und den Franckeschen Stiftungen zu Halle, ebenso hängt mit dem Gymnasium zu Stettin ein kleines Lehrerseminar zusammen. Auch werden seit einiger Zeit Kandidaten des höheren Schulamts zu ihrer praktischen Ausbildung in der Mathematik und Physik dem Professor Dr. Schellbach am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Berlin und solche, die hauptsächlich in den neueren Sprachen unterrichten wollen, dem Professor Dr. Herrig am Friedrichs-Gymnasium zu Berlin überwiesen. Neuerdings ist nun auch die Errichtung eines pädagogischen Seminars für die Provinz Preußen zu Königsberg eingeleitet, zur Unterhaltung desselben ein Zuschuß von jährlich 1500 Thlr. auf den Staatshaushaltsetat übernommen und dessen Eröffnung von dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten durch Erlaß vom 20. August 1861 auf Michaeli 1861 angeordnet worden. — Im Laufe des Jahre 1860 haben 9 Colloquia pro rectoratu, 130 Prüfungen pro facultate docendi, außerdem 71 Nachprüfungen in einzelnen Disziplinen pro ascensione, pro loco etc., überhaupt also bei den wissenschaftlichen Prüfungskommissionen 219 Prüfungen stattgefunden, und zwar 15 in Königsberg, 16 in Greifswald, 60 in Berlin, 29 in Breslau, 28 in Halle, 44 in Münster, 27 in Bonn, gegen das Vorjahr 19 mehr. — Um Mittelpunkte für die weitere Förderung der gymnastischen Uebungen in den Elementarschulen zu schaffen, ist es der Regierung in Breslau gestattet worden, zur Ausbildung bereits angestellter Lehrer außerordentliche Kurse an den Seminarien zu Münsterburg und Breslau, so wie auf dem städtischen Turnplatz am letzteren Orte abhalten zu lassen. Die dazu erforderlichen Fonds sind von dem Unterrichtsminister bewilligt worden.

— [Entscheidung.] Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes“ enthält ein Erkenntniß des Königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 22. Sept. 1860, wonach ein Gendarm, welcher ein der Rotzkrankheit verdächtiges Pferd ohne vorgängige Untersuchung eines Sachverständigen todtstechen läßt, sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse schuldig macht, und daher wegen Schadloshaltung im Rechtswege belangt werden kann; und ein Erkenntniß desselben Gerichtshofes vom 8. Dez. 1860, wonach gegen rechtskräftige Entscheidungen der Gerichtsbehörden die Erhebung des Kompetenzkonflikts nicht stattfindet.

— [Preismarsch.] Der Hofmusikhändler G. Bock hatte bekanntlich am 20. Juli einen Preis ausgeschrieben für einen Fest- oder Triumphmarsch im großen symphonischen Stil zur Verherrlichung des Krönungsfestes. Es waren in Folge dessen 83 Konkurrenzarbeiten eingegangen; Preisrichter waren der General-Musikdirektor Lachner in München und die Kapellmeister Taubert und Dorn hier in Berlin. Es wurde eine Komposition als die beste, mit 20 Dukaten zu prämiirende anerkannt, deren Komponist Kapellmeister Friedrich Lux aus Mainz ist. Se. Majestät hat die Dedikation dieses Festmarsches von dem Verleger angenommen.

— [Münzausprägungen.] Die königliche Münze prägte im Laufe des vorigen Jahres 17,726,253 Thalerstücke, 16382 Kronen, etwa 45,000 Thaler in Courant (1/6- und 1/12-Thaler), 52,000 Thaler in Silbergroschen und Sechsern und 39,600 Thaler in Kupfermünzen. Den ungewöhnlich hohen Betrag der ausgemünzten Thalerstücke, fast 18 Millionen, erklärt die „A. P. Z.“ dadurch, daß in Folge der Münzkonvention viele neue Vereinsthaler für den eigenen Bedarf, so wie für fremde Rechnung gemünzt oder umgeprägt worden. Der Bedarf der früheren Jahre war ein ungleich geringerer, da während eines vierzigjährigen Zeitraums, von 1821—1859, nur für 21,560,000 Thaler doppelte, einfache und halbe Friedrichsd'or, 41,683 Stück Kronen, für 26 Millionen Zwei- und für 72,860,000 Thlr. Einthalerstücke, für 7,128,000 Thlr. 1/6, für 3,800,000 Thlr. 1/12, für 4,500,000 Thlr. Silbergroschen und Sechser, für 1,400,000 Thlr. Kupfergeld, außerdem für 28,000 Thlr. Gulden, 15,000 Thlr. halbe Gulden, für 2000 Thlr. 6- und 3-Kreuzerstücke und für 300 Thlr. Kupferkreuzer ausgemünzt worden sind, also im Durchschnitt jährlich nur etwa 3 Millionen Thlr. Münzwerth.

Oestreich. Wien, 5. Okt. [Zustände in Ungarn.] Die anarchischen Zustände in Ungarn erregen den Widerwillen der gemäßigten Elemente der dortigen Bevölkerung. Der besitzende Theil, der Bürgerstand in den Städten, der Bauernstand auf dem Lande hat das Treiben herzlich satt und beginnt sich auch äußerlich von den modernen Machthabern abzuwenden. Sehr zu wünschen wäre es, wenn auch der Adel allmälig zur Besinnung käme; leider läßt seine Haltung, zumal die Haltung des Kleinadels, viel zu zu wünschen übrig, und gerade diese wichtige und in Ungarn auch zahlreiche Klasse der Bevölkerung ist es, die ihren Beruf, treu zur

Krone zu halten und den andern Ständen ein nachahmenswerthes Vorbild zu sein, bisher beharrlich verkennt. Trotz allem nun schon zum Ekel gewordenen Pochen auf die 1848er Gesetze ist die Wiederherstellung der unhaltbaren alten Zustände, der Steuerbefreiung und der Betrauung des Adels mit allen öffentlichen Würden und Aemtern doch eigentlich Ziel und Zweck, und neulich erst hat der Kleinadel des Oedenburger Komitats korporativ im vollen Ernst der Komitatsbehörde gegenüber das Privilegium angesprochen, von den „lästigen" Brücken- und Straßenmauthen befreit zu werden. (Kein Adliger in Ungarn zahlte vor 1848 solche Mauthen und Zölle.) Die autonomen Behörden haben die Uebung der Polizei, als einer „deutschen und reaktionären Erfindung" vollständig suspendirt; die Gendarmerie ist von dem flachen Lande weg in die Städte zusammengezogen. Die Folge ist, daß Diebstähle, nächtlicher Einbruch, Raubanfälle und Brandlegung auf dem ganzen Lande in erschreckender Weise überhand nehmen. Ungarn hat wieder, wie vor 1848, die traurige Berühmtheit, das Asyl und Eldorado der Gauner und Spitzbuben geworden zu sein, und während Wechselfälscher, Bankerottirer und ähnliche Leute solchen Schlages, die bei uns mit der Justiz auf gespanntem Fuß leben, früher nach Amerika durchbrannten, begeben sie sich jetzt von hier wenige Stunden ostwärts, nicht ohne Grund hoffend, daß sie jenseit der Leitha im Trockenen seien, und daß Verfolgungen diesseitiger Behörden entweder aus ungarischem Trotz vereitelt oder durch Bestechung leicht unschädlich gemacht werden können. Die selbstgewählten autonomen Beamten sind der Hefe der turbulenten Schreier entnommen, auch vielfach Honveds, abgestrafte politische, ja sogar gemeine Verbrecher. Höchst unerquicklich, aber ganz natürlich ist nun die an vielen Orten sich einstellende Erscheinung, daß die Geldgebahrung in den Händen solcher Leute ganz unzuverlässig geworden ist. Die Steuereinflüsse verschwinden, die Kassen sind leer, Malversationen und Defraudationen sind an der Tagesordnung, und die Unverschämtheit, mit der Kassenabgänge gegenseitig vertuscht, bemäntelt und entschuldigt werden, ist wahrhaft bewundernswerth. Wer Magyar ist, auf die 1848er Gesetze schwört, wohl gar eine politische Untersuchung bestanden hat, der befindet sich in Ungarn gleichsam im Zustande vollkommener Immunität; nicht nur die Landesgesetze, sondern auch die Forderungen des natürlichen Rechts finden auf ihn keine Anwendung. Das gemeine Volk zahlt für Rechtspflege und Verwaltung mehr als unter dem vorigen System. Die Beamten weigen sich z. B. auf Eingaben Stempel zu drucken, selbst wenn der Einreicher es begehrt; aber sie berechnen ihm zehnmal so viel unter dem Titel von Taxen und Sporteln, die früher nie gefordert wurden, und so hat der Ungar gegenwärtig das Vergnügen, für die Koramisirung einer Urkunde, die früher kostenfrei ausgefertigt wurde, für das Stück 1 Fl. 20 Kr. zu zahlen. Die „ungarische Freiheit" hat ihre Schattenseiten, und es scheint, daß dieselben manchen Leuten bereits sehr unbehaglich geworden sind. (A. P. Z.)

— [Die Vertagung des Reichsraths; Tagesnotizen.] Die Vertagung des Reichsraths hat hier sehr unangenehm berührt. Nachdem er es bis jetzt nicht verstanden hatte, das Volk, dessen parlamentarisches Verständniß viel geringer, als sein Bedürfniß danach ist, zu erwärmen, läßt er sich jetzt auf einen ganzen Monat vertagen, während gerade die wichtigsten Vorlagen, die so recht das allgemeine Interesse berühren, ihrer Erledigung entgegensehen. Die seit einiger Zeit immer nachdrücklicher auftretende Reaktion wird die ihr gegebene Frist sicherlich nicht unbenutzt lassen. Daß während dieses Interregnums das Budget für das kommende Jahr oktroyirt werden soll, wird in den Regierungskreisen zwar abgeläugnet; doch glaubt man nicht, daß dieses Dementi ernst gemeint ist. — Man geht hier mit dem Gedanken um, zum siebenbürgischen Hofkanzler einen Rumänen zu ernennen. Ueberhaupt dauern die Verhandlungen zwischen der Regierung und den hervorragendsten Führern der Rumänen eifrigst fort. — Daß die beabsichtigte Sitzung des Pesther Komitats verhindert wurde, ist gemeldet worden. Der Offizier, welcher die Truppen in das Komitatshaus führte, benachrichtigte den daselbst wohnenden Vizegespan, daß er nöthigenfalls mit den Waffen die Versammlung zu hindern habe. Dieser erwiderte, nach dem Oktoberdiplom sei die Versammlung berechtigt, wenn sie auch keine andere Waffe habe, als das Gesetz. Der Offizier antwortete, „sie möge was immer für Waffen haben und brauchen, er versichere aber, daß, so lange er da sei, keine Versammlung zu Stande kommen werde". Das Militär, welches das Pesther Komitatshaus besetzt hatte, ist in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober von dort zurückgezogen worden. — In Wien glaubt man fest an einen Einfall italienischer Freischaaren in Albanien und die Herzegowina. Die „Wiener Zeitung" druckt den Artikel der „Triester Zeitung" über die Beschlagnahme der Gewehrkisten, die sie erst in Abrede gestellt, jetzt ohne weitere Aufschlüsse ab. — Der „Wanderer" meldet als Kuriosum, daß der kroatische Landtag mit der ungarischen Hofkanzlei in deutscher Sprache verkehre, und die „Presse" fügt dem hinzu, daß auch die Polen und Czechen deutsch sprechen müßten, wenn sie sich unter einander verständlich machen wollten.

Triest, 4. Oktober. [Schulwesen.] In der gestrigen Stadtrathssitzung wnrde der Bericht der Kommission für den Volksschulunterricht, durch häufigen Beifall der gefüllten Galerien unterbrochen, gelesen. Es wurde die Einführung der italienischen Unterrichtssprache beschlossen; die deutsche Sprache soll nur mittelst der italienischen an der Realschule gelehrt werden. Ferner wurde die Regulirung und Verbesserung der Lehrergehalte, die Einführung von Abendschulen, die Verbesserung der Schulbücher bereits für kommendes Schuljahr beschlossen. Wessely beantragt Emanzipirung der Schule von geistlichem Einfluß. Constantini's Amendement: „Der Stadtrath, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die gegenwärtige Elementarorganisation den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit, welche Angelpunkte konstitutionellen Baues bilden, widerspreche, äußere den heißen Wunsch, jenes System möge mit dem Geiste und der Forderung der Zeit in Einklang gebracht werden, und begrüße die betreffende Reichsrathsinitiative", wurde unter Beifall einstimmig angenommen. (Ostd. P.)

Venedig, 3. Oktbr. [Damendemonstration.] Der „Presse" schreibt man von hier: „Das freiwillige politische Märtyrerthum einiger hiesigen Schönen bildet seit mehreren Tagen hier das allgemeine Tagesgespräch. Einige Tage nach dem Tode Cavours wollten hier einige enragirte Verehrer männlichen und weiblichen Geschlechtes des verstorbenen Premiers zu dessen Ehre eine solenne Todesfeier veranstalten. Da aber das Abhalten einer eigenen Todtenmesse zu diesem Zwecke auf Hindernisse stieß, so beschloß man, eine gewöhnliche Messe in der St. Markuskirche dadurch in eine Trauermesse für Cavour umzugestalten, daß die daran Theilnehmenden alle in vollkommenster Trauerkleidung erscheinen würden. So geschah es denn auch, und zu einer bestimmten Stunde des angesagten Tages erschienen im Vestibule der Kirche die notorischsten Verehrer und Verehrerinnen Cavours in schwarzer Trauerkleidung. Die Polizei, von der beabsichtigten Demonstration in Kenntniß gesetzt, wollte durchaus nicht gewaltthätig gegen dieselben einschreiten, sondern begnügte sich damit, eines ihrer Organe im Vestibule der Kirche aufzustellen, welches den demonstrationssüchtigen Trauernden den höflichen Rath ertheilte, von ihrem Entschlusse abzustehen. Einige derselben hielten es auch für besser, den Rath zu befolgen; die Anderen aber verschmähten ihn und wollten den Manen Cavours jedenfalls ein Todtenopfer bringen. Die Folge hiervon war, daß dieselben zur Polizeidirektion beschieden und ihnen eine zu Gunsten des hiesigen Armenfonds zu verwendende Geldstrafe von 20, 40, 60 Fl. und so weiter, je nach ihren Verhältnissen, diktirt oder im Falle der Nichtbezahlung eine kürzere oder längere Arreststrafe in Aussicht gestellt wurde. Der männliche Theil der Beklagten zog es größtentheils vor, sich durch den Erleg der anrepartirten Geldstrafe weiteren Unannehmlichkeiten zu entziehen; einige Damen aber, worunter auch die Contessa Sabbia, wollten die Gelegenheit, sich die politische Märtyrerkrone zu erwerben, nicht vorübergehen lassen, und alle späteren Bemühungen, sie zum Erlege der Geldstrafe zu bewegen, waren fruchtlos, ja dieselben ambitionirten eifrig, für ihre politische Gesinnung in Verhaft gebracht zu werden. Kurz, die schönen Verbrecherinnen haben ihre Strafe angetreten und befinden sich in S. Severo im Arreste. Das angestrebte politische Märtyrerthum wird ihnen jedoch durch die Rücksicht, mit welcher sie behandelt werden, sehr leicht, da ihnen alle möglichen Erleichterungen für ihre Haft, als eigene Zimmer, eigenes Meublement und Bettzeug und eigene Küche erlaubt wurden. So kommen dieselben wirklich sehr wohlfeilen Preises zur Palme des Märtyrerthums. Daß sie dieses aber bis zu Ende führen wollen, erhellt aus dem Umstande, daß ein unbekannter Verehrer einer der schönen Büßerinnen der Polizeidirektion zehn Stück Napoleond'ors mit einem anonymen Schreiben einsendete, in welchem der Betrag als die derselben auferlegte Geldbuße bezeichnet und um deren Befreiung gebeten wird. Die Dame wollte jedoch das Geschenk nicht annehmen, und so wurde denn der anonyme Geldspender öffentlich aufgefordert, das Geld selbst auf der Polizei abzuholen, widrigenfalls dasselbe zu Gunsten des hiesigen Armenfonds verwendet werden wird."

Pesth, 4. Okt. [Aus den Komitaten.] Dem „Mag. Szajto" schreibt man bezüglich der Nachricht, daß der Biharer Obergespan Graf Alexander Haller von der Hofkanzlei mit der Suspendirung der Komitatskommission beauftragt wurde, aus Großwardein, 1. Okt.: Aus unmittelbarer Quelle kann ich mittheilen, daß unser wackerer Obergespan diese unverdiente Auszeichnung mit gerechter Betroffenheit empfing. In seiner mit der heutigen Post fortgeschickten Antwort, in welcher er diesen ihm nicht geziemenden Auftrag entschieden zurückweist, drückt er seine Ueberraschung aus, wie man Angesichts seiner Vergangenheit und seiner konsequent befolgten Prinzipien von ihm voraussetzen konnte, er werde sich bei einer Verletzung der Verfassung als Werkzeug gebrauchen lassen. Er setzte auseinander, daß, nachdem die Auflösung der Kommission und die Leitung des Komitats ohne Kommission eine handgreifliche Verletzung des Gesetzes enthält, er sich dazu nicht berufen fühle, und da der Auftrag der Hofkanzlei der Verfassung geradezu widerstreitet, so werde er ihn nicht erfüllen. Schließlich äußert er sich energisch gegen die große Menge von Gesetzesverletzungen, setzt die traurigen Folgen derselben auseinander und ermahnt die Hofkanzlei, den Weg zu verlassen, welchen sie bisher zum Unglück Ungarns gegangen; auch bittet er dieselbe, die je frühere Einberufung des versprochenen Landtages zu erwirken und die Komitate bis zur Lösung der brennenden Fragen nicht mit der Exekution ungesetzlicher Verordnungen zu behelligen, und daß denselben wegen ihrer Gesetzestreue im Genusse ihrer Rechte kein Hinderniß entgegengesetzt werde. — Die Kommission des Tolnaer Komitats hat, wie „Magyar Orszag" meldet, das Verbot des Statthaltereirathes, betreffend die Eintreibung der Domestikalsteuer, als ungesetzlich bei Seite gelegt und die Beamten beauftragt, auch fernerhin auf dem gesetzlichen Boden zu bleiben. Die Kommission nimmt alle Verantwortlichkeit auf sich. Da es sehr glaublich ist, daß auch Tolna einen königlichen Kommissar erhält, protestirt das Komitat im Vorhinein gegen die Ernennung eines solchen, erklärt dieselbe für ungesetzlich und ermahnt seine Beamten, so lange die gegenwärtige Kommission nicht durch Gewalt aufgelöst sein wird, ihren Amtspflichten pünktlich nachzukommen, sobald aber die Auflösung erfolgt, auch ihre Funktion einzustellen, weil der Beamtenkörper ein Ausfluß der im Sinne der 1848er Gesetze kreirten Kommission sei und mit dem Aufhören dieser auch selber aufhören müsse. Das Intimat betreffs Auflösung des Honved-Unterstützungsvereins wurde bei Seite gelegt und die Kommission erklärte das Verbieten oder Auflösen dieses Vereins als außerdem Wirkungskreis der Statthalterei liegend.

Bremen, 5. Okt. [Polizeiverfügung.] Wahrscheinlich mit Rücksicht auf die kürzlich veröffentlichte Nachricht von der Verhaltung eines höheren Polizeibeamten hat die Polizeidirektion unterm gestrigen Datum folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Polizeidirektion sieht sich veranlaßt, hierdurch zur allgemeinen Kunde zu bringen, daß die bisher einzelnen Beamten ertheilte Erlaubniß, hiesigen Tagesblättern Notizen über die polizeilichen Vorkommnisse zu liefern, zurückgenommen worden ist. Diese Maaßregel hat durch die Erfahrung als nothwendig sich herausgestellt. Bei dem bisher üblichen Systeme täglicher polizeilicher Zeitungsberichte, welche, der Natur der Sache nach, einer Prüfung und Genehmigung seitens der Behörden in jedem einzelnen Falle nicht unterworfen sein konnten, hat es sich als unausführbar erwiesen, die verfrühte oder überhaupt unzuläſſige Veröffentlichung von Thatsachen, welche entweder für den Erfolg gerichtlicher Untersuchungen von Wichtigkeit waren, oder ausschließlich dem Gebiete des Privatlebens angehörten, mit derjenigen Strenge auszuschließen, welche sowohl die Rechtspflege als auch namentlich der begründete Anspruch des Bürgers auf Achtung seiner häuslichen Interessen, ja der Anspruch jedes Individuums auf eine schonende Behandlung seiner amtlich erörterten Angelegenheiten erheischt. Wenn es demnach lediglich Rücksichten des öffentlichen Wohls sind, welche die Einstellung der fraglichen Veröffentlichungen bedingten, so versteht es sich von selbst, daß durch dieselbe das Recht und die Freiheit der Presse, Nachrichten und Kritiken über die Thätigkeit der Polizeibehörden zu bringen, in keiner Weise geschmälert und angefochten wird. Nur darauf wünscht die Polizeidirektion ihre Mitbürger aufmerksam zu machen, daß die Verantwortlichkeit für den Inhalt und die Richtigkeit etwaiger künftiger Journalberichte über polizeiliche Vorfälle ausschließlich den betreffenden Tagesblättern anheimfallen und daß, wie bisher so auch ferner, die Polizeidirektion regelmäßig sich außer Stande befinden wird, die Motive ihrer Maaßnahmen dem Publikum darzulegen, geschweige für deren Vertheidigung öffentlich aufzutreten."

Großbritannien und Irland.

London, 4. Oktbr. [Dänenfreundliche Korrespondenzen.] Aus Kiel und Kopenhagen lassen sich wieder sehr dringende Klagen über „deutsche Vergewaltigung" und flehentliche Bitten um etwa „diplomatischen Druck auf Preußen" vernehmen. Ein Kopenhagener Korrespondent wendet sich an „Daily News", um zu beweisen, daß man Deutschlands Uebergriffen endlich ein Halt zurufen müsse. In Schleswig habe es gar nichts zu suchen, und, wenn der neue Verfassungsplan, an dessen Entwurf in Kopenhagen gearbeitet werde, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit einer unabhängigen inneren Verwaltung beschenkt, so müßten dafür die Mächte Preußen und Deutschland vermögen, die Integrität der übrigen Theile Dänemarks zu gewährleisten, d. h. die Einverleibung Schleswigs ins eigentliche Dänemark gut zu heißen. Der Kieler Korrespondent der „Post" bedauert, melden zu müssen, daß die Unterhandlungen, welche Preußen im Interesse seiner Flotte mit den Hansestädten angeknüpft habe, mit großem Eifer betrieben werden, und daß das Resultat aller Wahrscheinlichkeit nach ein erfolgreiches sein werde. Die Lage Dänemarks könne dadurch sehr mißlich werden. Wenn dieses skandinavische Königreich seine maritime Ueberlegenheit Preußen gegenüber verliere und dazu eine Ministerveränderung in Kopenhagen eintrete, so dürfte nicht nur die Zukunft der gegenwärtigen dänischen Dynastie in Gefahr gerathen, sondern die Dardanellen des Nordens, wie man mit Recht den Sund genannt, könnten in die Gewalt einer „herrschsüchtigen Macht" fallen und die politischen und kommerziellen Beziehungen im Norden eine Gestaltung annehmen, die den Interessen Englands sehr nachtheilig werden würde, u. dgl. m.

— [Die Baumwollkalamität.] Unter der Aufschrift „Symptome der kommenden Baumwollkrisis" sagt „Daily News": „Vorige Woche war der Liverpooler Baumwollenmarkt ganz außerordentlich aufgeregt. In dem Maaß als eine Theuerung unsers wichtigsten Fabrikmaterials näher rückt, werden die Spekulanten hitziger, und wird eine Handelsstörung um so gewisser. Die Wochenverkäufe waren enorm, und am Sonnabend stiegen sie auf die fast beispiellose Höhe von 40,000 Ballen. Der neue und beträchtliche Aufschlag von 3/8 Penny per Pfund in den kurrenten Qualitäten binnen Wochenfrist ist bezeichnend genung. Indiens gute Gelegenheit rückt offenbar heran, und indische Baumwolle erregte in der Woche fast eben so viel Aufmerksamkeit wie amerikanische. [illegible] Surat ward in fast beispiellosem Maaße verkauft. Der Unterschied zwischen dem jetzigen Baumwollenvorrath und dem vorjährigen in dieser Jahreszeit wird immer beträchtlicher, so zwar daß am Freitag 817,330 Ballen vorhanden waren, gegen 954,820 Ballen am entsprechenden Tag 1860. Es ist belehrend, zu beobachten, wie gewaltig die Spekulation an einer Preissteigerung arbeitet. Die in diesem Jahre auf Spekulation genommene Baumwolle war am Freitag auf 670,800 Ballen gestiegen, während sie voriges Jahr nur 262,140 Ballen betrug. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß der Ankauf von Baumwolle, nicht für den unmittelbaren Verbrauch, sondern um höhere Preise abzuwarten, unter den jetzigen Umständen eine sehr wagsame Spekulation ist. Allerdings werden jetzt Vermögen damit gemacht; aber sollte der amerikanische Krieg plötzlich ein Ende erreichen und die amerikanische Baumwollernte frei werden, so würde wahrscheinlich ein allgemeiner Ruin über die Baumwollspekulanten hereinbrechen. Die Panik auf der Liverpooler Börse würde beispiellos sein. Freilich sind die Aussichten auf einen Friedensschluß zur Zeit sehr gering, und so setzen die Spekulanten ihre Operationen mit aller Keckheit fort. Der plötzliche Fall des Zinsfußes trägt dazu bei, ihre Stellung zu verstärken, da sie ihre Waare leicht mit geborgtem Gelde halten können. In der That scheint der Baumwollspekulant jetzt das Spiel in seiner Hand zu haben. Die Sache hat das Gute, daß der Preisaufschlag der Baumwollproduktion in Indien und anderen Ländern einen ungemeinen Ansporn giebt, und uns diese Waare von allen auswärtigen Märkten zuströmt. Leider aber, während die Baumwollspekulanten eine reiche Ernte halten, sinkt der Gewinn der Fabrikanten und damit fallen auch die Löhne der Fabrikarbeiter. Zeitungsanzeigen von Einstellung oder Beschränkung der Industrie in unseren Baumwollbezirken werden fortan häufiger werden. Schon greift man vielfach zu dem Auskunftsmittel kurzer Arbeitszeit, und es ist unerfreulich zu hören, daß Tausende von Arbeitern zu unfreiwilligem Müßiggang an jedem Montag, Dienstag und Mittwoch verurtheilt sind. An einigen Orten werden die Baumwollmühlen ganz geschlossen. Die Folgen von alle dem müssen sich bald schwer fühlbar machen, und man hat Grund zu fürchten, daß die Erwartungen des Schatzkanzlers bezüglich der Staatseinkünfte theilweise unerfüllt bleiben werden." In Manchester und den meisten Städten der Umgegend haben sich die Fabrikanten genöthigt gesehen, die Arbeitszeit auf drei Tage wöchentlich zu beschränken, weil die Vorräthe roher Baumwolle in Liverpool zusehends abnehmen, und wenn der nordamerikanische Krieg nicht bald aufhört, werden sie nothgedrungen die Fabrikation ganz einstellen müssen.

London, 5. Oktober. [Tagesbericht.] In der neuesten „Gazette" findet man eine früher von der „Times" ausgesprochene Vermuthung bestätigt: der Earl von Clarendon ist zum außerordentlichen Gesandten Ihrer Majestät ernannt, um der Krönung des Königs von Preußen in Königsberg beizuwohnen. — Der Handelsausschuß des Geheimraths hat die Anzeige erhalten, daß die spanische Regierung das bisher nur den französischen Dampfern zugestandene Recht, spanisches Blei auszuführen, den Dampfern aller anderen Nationen gewährt hat. — Gestern meldete ein Telegramm aus Schottland den gestern früh erfolgten Tod des Earl von Eglinton. Der Verstorbene war 1812 geboren und gehörte

der konservativen Partei an. — Heute wurde die erste Nummer eines neuen politischen Wochenblattes ausgegeben, das den Titel „Public Opinion“ führt und eine Art Galigniani in größerem Maaßstabe werden, d. h. die politischen Anschauungen nicht nur der verschiedenen englischen Parteien, sondern auch die des Festlandes, zur Bekämpfung englischer Einseitigkeit neben einander stellen will.— Der Lord-Statthalter von Monmouthshire, Herr C. Hanbury Leigh, ist vor einigen Tagen das Opfer einer in England leider nicht ganz unerhörten Nachlässigkeit geworden. Er lag unwohl in einem Hotel in Penarth. Auf dem Kaminsims standen zwei Medizinflaschen; eine Medizin zum Nehmen, eine andere zum Einreiben. Sein Kammerdiener gab ihm die Einreibung zu trinken, und da diese zufällig giftig war, so gab Herr Leigh sehr bald den Geist auf. Dies that ein Kammerdiener; was soll man aber dazu sagen, wenn ein D. Hendric einem kleinen Knaben eigenhändig eine Dosis Strychnin verabreicht? Er entschuldigte sich bei der Todtenschau damit, daß er in seiner Hausapotheke eine Flasche mit Strychnin neben einer Flasche mit Santonin stehen hatte. Beide Flaschen waren mit blauem Papier überzogen, beide hatten Aufschriften, aber der Regen sei in das Gemach gedrungen und habe die Schrift verlöscht, und so habe er das kleine Vergehen begangen.

— [Dupin und Michel Chevalier.] Die „Times“ ist geneigt, bei einer Besprechung der Kontroverse zwischen Dupin und Chevalier bis zu einem gewissen Punkt Herrn Dupin Recht zu geben. „Seine Anschauung“, sagt sie, „ist die eines Staatsmannes und Politikers und paßt auf alle Handelsverträge. Wenn eine Nation durch einen Vertrag zu ernstem Schaden kommt, so bleibt ihr seiner Meinung nach nichts übrig, als Ruin oder Krieg. Sie muß den Schuldschein bezahlen oder zerreißen. Ein bloßer Tarif kann nach Belieben und Bedürfniß erhöht oder ermäßigt werden. Die „Times“ nimmt ferner Akt von dem Ausspruch Dupins, daß Frankreich, falls der Vertrag ihm Schaden brächte, Krieg anfangen müsse. Zu einer so cynischen Ansicht, meint die „Times“, würde sich nie ein Politiker in England herablassen. Wenn der französische Vertrag ganze Volksklassen in England ruinirt hätte, so würde doch das Parlamentsmitglied, das einen Bruch des Vertrages öffentlich vorschlagen wollte, ausgezischt werden. In Frankreich aber dürfte der Gelehrte, der Staatsmann, der feine Akademiker Dupin solch ein Ereigniß ungestraft in Erwägung nehmen.

— [Neue Bildungsanstalt.] In der City fand gestern unter dem Vorsitz des Lord Mayors ein Meeting statt zur Gründung einer Bildungsanstalt unter dem Namen „The City of London College for young men“. Es wurden im Laufe des Abends zu diesem Zweck 400 Pfd. St. gezeichnet. Den Studirenden wird kein Glaubenseid (test) auferlegt werden. Die Anstalt folgt in dieser Beziehung dem Beispiel der Londoner Universität.

— [Japan.] Der „Morning Herald“ schließt aus der Sprache der ministeriellen Blätter, daß die Regierung mit einem kleinen japanischen Kriege umgehe, und protestirt gegen solch ein Unternehmen mit Entschiedenheit. Der betreffende Artikel sagt im Wesentlichen: „Man kann die japanische Regierung unmöglich der Mitschuld an dem neulichen Mordanfall auf die englische Gesandtschaft bezüchtigen oder behaupten, daß sie abgeneigt oder unfähig sei, ausländische Vertreter zu beschützen Herr Alcock verdankt dem schnellen Einschreiten der japanischen Regierung sein Leben und hat ebensowenig ein Recht, eine englische Streitmacht herbeizurufen, wie der französische Gesandte ein Recht hätte, eine Kompagnie Zouaven kommen zu lassen, wenn Albert-House von einer Diebsbande oder von den Sendlingen eines roth-republikanischen Komité's angegriffen worden wäre. Welches Recht Admiral Hope hat, mit seinem Geschwader sich einzumischen, oder was er Gutes stiften kann, das sind für uns noch fraglichere Punkte. Was in Japan vorgefallen ist, mußte Jeder in voraus besorgen, der die Art und Weise kennt, wie die Europäer ihre Kultur nach Osten tragen. Japan hatte einige hundert Jahre lang aus sehr guten Gründen keine Ausländer ins Land gelassen. Mit keinem anderen Rechte, als dem des Stärkeren, preßten England und Amerika der japanischen Regierung neue Verträge ab, die zur größten Entrüstung eines großen Theiles des japanischen Volkes die alte und bewährte Ausschließungspolitik über den Haufen stürzten. Es kam, wie es nicht anders kommen konnte. Bei allen seinen großen Eigenschaften versteht es der Engländer doch, sich unter Fremden unangenehm zu machen. Er muß alles Fremde nach seinem insularen Maaßstab beurtheilen und, wenn es ihm lächerlich scheint, offen verhöhnen. Die weichlicheren Racen des Orients behandelt er als verächtliche Geschöpfe, die nur zu seinem Nutzen oder Vergnügen da sind, und an ihren heiligsten religiösen Gebräuchen kühlt er seinen Uebermuth mit handgreiflichen Späßen. Die Charakteristik paßt auf die Engländer überhaupt und ganz besonders auf die Menschenklasse, die sich in neu erschlossenen Regionen niederläßt. Japan zog mit einem Male die englischen Abenteurer aus allen Theilen des Orients an. Ueber den Reichthum des Landes waren die wunderbarsten Fabeln verbreitet; Vergnügen, hieß es, war dort eben so leicht zu haben, wie Gewinn. Natürlich geriethen unsere cives Romani sehr bald in ernste Streitigkeiten, weil sie das Nichtbezahlen ihrer Schulden und die Beleidigung von Frauenzimmern zu ihren vertragsmäßigen Privilegien rechneten. Die Mitglieder der Gesandtschaft selbst waren weit entfernt, sich mit dem wünschenswerthen Takte zu benehmen und sollen den Anstand, namentlich gegen Damen, oft in grober Weise verletzt haben. Wir können das Haupt der Gesandtschaft von einer Mitschuld an diesen Ungehörigkeiten vollkommen freisprechen. Herr Alcock that sogar sein Bestes, um die Habgierde der Geschäftsleute in Schranken zu halten, und doch hat er in seiner Weise vielleicht mehr Unheil gestiftet, als alle seine Landsleute. Sein Ausflug nach dem heiligen Berge und seine Landreise quer über die Insel hatten durchaus keinen Zweck und mußten, wie Herrn Alcock bekannt war, die altgläubige Mehrheit des Volkes erbittern. Dieser letzten Expedition war der neuliche Mordanfall allem Anschein nach direkt zuzuschreiben. Unsere liberalen Zeitgenossen schreien nun schon nach exemplarischer Bestrafung und bewaffneter Besetzung. Sie möchten in Japan das infernalische System befolgen, welches, nach der Prahlerei Lord Palmerstons und seiner Anhänger, China der Zivilisation des Westens erschlossen hat, welches aber, wie wir nur zu wohl wissen, jenes Reich in den Grund erschüttert, das unglückliche Volk beispiellosen Brutalitäten unterworfen, England Millionen Geldes und Hunderte von Menschenleben gekostet, aber nichts als die Zerrüttung und Verheerung China's zur Folge gehabt hat. Wie dieser Zivilisationsprozeß einmal begonnen hat, wird der Krieg chronisch. Wir zwingen ein Volk, unsere Kaufleute und Konsuln einzulassen; der Kaufmann beleidigt oder mißhandelt das Volk; das Volk rächt sich, der Konsul verlangt übertriebene Genungthuung, bekommt sie nicht, ruft einen Admiral; der Admiral bombardirt: der Krieg ist fertig. Die liberale Regierung sagt: wir sind einmal darin, civis Romanus sum; sendet eine Armee aus; darauf etwas Blutvergießen, Vertragsschluß, Gesandtschaft. Der Vertrag ist verschiedener Auslegungen fähig; der Gesandte wird wild, weil der Pöbel ihm seine Abneigung zu erkennen giebt, zieht sich zu seinen Schiffen zurück, verlangt Genugthuung und läßt gleich bombardiren, und so fängt das Lied wieder von vorn an. Nun, wir protestiren gegen die Anwendung dieses Zivilisirungsprozesses auf Japan; er mag nach dem großen Prestigeprinzip sich vertheidigen lassen; aber wir wollen hoffen, daß Graf Russell sich noch erinnert, wie er selbst diese höchst unmoralische Doktrin gebrandmarkt hat. Wenn wir unsere Landsleute nicht zwingen können, die Gefühle des Volkes, unter dem sie leben, mit einiger Achtung zu behandeln, oder wenn wir keine Vertreter finden können, die ihre eigene impertinente Neugier zu zügeln vermögen, so thäten wir viel besser, Japan aufzugeben. Ohnedies stellt sich jetzt heraus, daß der Handel mit Japan niemals viel eintragen wird und kaum das Opfer von einem halben Dutzend Menschenleben werth ist.“

Frankreich.

□ Paris, 5. Okt. [Die Zusammenkunft in Compiègne; eine Broschüre; die italienische und die amerikanische Frage; die Brotkrawalle.] Die kaiserliche Familie nebst ihrem Hofstaat haben sich heute Abend nach Compiègne begeben, während die zur Zeit hier anwesenden Mitglieder der preußischen Gesandtschaft, so wie die zur Dienstleistung bei dem König bestimmten französischen Herren sich zum Empfang Sr. Majestät nach der französischen Grenzstation begeben haben. Nach den bisherigen Bestimmungen erwartet man die Ankunft des Königs gegen 6 Uhr (sie ist erfolgt; s. das Tel. in der gestr. Ztg.; d. Red.), und ich vernehme, daß die Stadt Compiègne selbst Veranstaltungen getroffen hat zu einem möglichst feierlichen Empfang desselben durch Dekoration und Illumination der vom Bahnhof zum Schloß führenden Straßen. Die Festlichkeiten, welche am Hofe selbst stattfinden, sind bekanntlich auf den Wunsch des Königs beschränkt worden. Morgen, Sonntag, findet großes Diner statt, zu dem einige Minister, mehrere militärische Notabilitäten und Diplomaten eingeladen sind. Außerdem Jagd und vielleicht Vorstellung im Schloßtheater; damit dürfte die Liste der Feste geschlossen sein. Die äußeren Bedingungen der Zusammenkunft bieten daher für Ihren Korrespondenten wenig. Was die politische Bedeutung derselben betrifft, so fängt man selbst hier an einzusehen, daß zwischen dem König von Preußen und dem Kaiser der Franzosen eine entente cordiale zu den Unmöglichkeiten gehört, namentlich seitdem man Kenntniß davon erhalten, daß das Kabinet von Berlin den übrigen Mächten gegenüber den Besuch durchaus als einen Akt der Höflichkeit ohne weitere politische Tragweite dargestellt hat. (Wir glauben kaum, daß dies offiziell geschehen ist; es lag jedenfalls dazu ein genügender Grund nicht vor. D. Red.) Nicht ohne ein gewisses Widerstreben zu zeigen, sprach sich der gestrige „Constitutionnel“ (s. unten), wenn man nur ein wenig zwischen den Zeilen lesen wollte, im gleichen Sinne aus. Zwar hob er hervor, daß die beiden mächtigen Fürsten des Kontinents sich nicht begegnen könnten, ohne dem Gange der politischen Ereignisse eine andre Richtung zu geben; allein er legte den Schwerpunkt der Zusammenkunft in den durch dieselbe geförderten Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich. Inwiefern dieselbe nach dieser Seite hin wirken wird, ist indessen kaum zu ermessen, da die gegen den Vertrag geltend gemachten Einwände hauptsächlich von den Regierungen der kleinen Staaten erhoben worden sind. Mit noch größerem Eifer indessen erhebt sich dasselbe Blatt in seiner heutigen Nummer gegen die von der „Times“ gegen eine französisch-preußische Allianz ausgesprochene Warnung. Die englische Zeitung hatte die preußische Regierung zu jedem anderen Bündniß mit den anderen Großmächten und zu einer Annäherung an Spanien und Italien aufgefordert. Dieser Idee einer Koalition tritt der „Constitutionnel“ gegenüber mit der Erklärung, daß eine Verständigung mit den Staaten der beiden südlichen Halbinseln nur durch eine Annäherung an Frankreich möglich sei, dem natürlichen Haupt der lateinischen Stämme. Diese Betonung des innigen Zusammenhanges zwischen diesen drei Staaten ist bezeichnend, und um so mehr, als bekanntlich die Bildung einer lateinischen Liga zu den Lieblingsprojekten Napoleons III. gehört.

Fast gleichzeitig mit der Zusammenkunft ist eine Broschüre erschienen, welche in den hiesigen politischen Kreisen, durch dies gewiß nicht unabsichtliche Zusammentreffen, Aufsehen erregt, nicht minder auch durch die ungemeine Mäßigung (?) der darin ausgesprochenen Ideen. Der Verfasser von „Der Rhein und die Weichsel“ (dies ist der Titel der Flugschrift) erklärt (s. gestr. Ztg.), daß die Erwerbung der Rheingrenze von keinem Belang für Frankreich sein könne, da der Strom weder eine politische noch eine strategische Grenze bilde. Frankreich, sagt er, muß entweder beide Ufer oder gar nichts haben. Allein selbst wenn sich eine Gelegenheit böte, beide Ufer zu erwerben, so ist es fraglich, ob nicht die Annexion einer so bedeutenden Anzahl deutscher, durch die Wiederbelebung des deutschen Geistes in den ehemals zum deutschen Reich gehörigen Provinzen eine bedenkliche Spaltung in die bisher so machtvolle Einheit des französischen Staates bringen würde. Aus diesen Gründen hat Deutschland nichts von Frankreich zu fürchten, desto mehr dagegen von Rußland, und anstatt die Ufer des Rheines zu befestigen, erscheint es dem Verfasser rathsamer, Deutschland schaffe sich an der Weichsel eine Vorhut gegen etwaige russische Invasionsgelüste durch die Befreiung Polens. Ich bin näher auf diese Flugschrift eingegangen, da man ihr wahrscheinlich mit Unrecht eine offizielle Bedeutung giebt. (Uns dünkt, sie könnte slavischen Ursprungs sein. D. Red.) — Die angelegentliche Beschäftigung mit Deutschland, welche in fast sämmtlichen Blättern ihren Ausdruck findet, hat indessen durchaus nicht das Interesse für Italien und namentlich die römische Frage vermindert. Die anfängliche, den Vorschlägen des italienischen Ministeriums günstige Stimmung des Kaisers scheint augenblicklich verändert zu sein; man versichert mir, daß es namentlich die Kaiserin sei, welche einen neuen Aufschub der definitiven Lösung erlangt habe. Ich glaube indessen, daß sich kaum vor der Zusammenkunft in Compiègne mit Sicherheit etwas über die Pläne des Kaisers sagen lassen kann, welche bis dahin jedenfalls geheim gehalten werden. Auch nach einer anderen Seite hin ist ein Stillstand in der französischen Politik eingetreten. Der Prinz Napoleon hat, wie ich vernehme, dem Kaiser einen Bericht über die amerikanischen Wirren gesandt, welcher ihn veranlaßt hat, die Rückkehr seines Vetters abzuwarten, ehe die französische Diplomatie Schritte zur Anerkennung der südlichen Staaten thut. — Die Versammlungen in den Straßen in Folge der hohen Brotpreise sind trotz massenhafter Verhaftungen noch nicht ganz verschwunden. Diese Tumulte tragen einen eigenthümlichen Charakter. Die Arbeiter versammeln sich Abends auf den Plätzen in den Vorstädten und verlangen, ohne Exzesse zu begehen, billiges Brot; an einzelnen Orten hat man freilich auch die Marsaillaise angestimmt, wo dann freilich die Polizei sofort bei der Hand war. Des Nachts werden Plakate angeklebt, welche meistens gegen die Bäcker oder den Seinepräfekten Haußmann gerichtet sind, und Brot verlangen oder mit dem Tode drohen. Bis jetzt haben diese Manifestationen noch keinen bedenklichen Charakter angenommen, aber sie machen der Regierung dennoch Sorgen, welche eifrig darauf denkt, der Theuerung abzuhelfen. Das ist indessen doppelt schwierig, da sich mehr und mehr ein Mangel an baarem Gelde geltend macht, so daß abermals von der Erhöhung des Diskonto auf der Bank die Rede ist.

Paris, 4. Oktbr. [Der Besuch des Königs von Preußen.] Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der halbamtliche „Constitutionnel“ gestern Abend einen Artikel, der bereits (s. Nr. 232) telegraphisch angezeigt ist und wörtlich folgendermaßen lautet:

„Die Zeit ist nicht mehr, wo Europa Frankreich mit einer Art moralischer Quarantaine umgab und wo die auswärtigen Fürsten zu uns nur auf einige Stunden unter dem strengsten Inkognito und unter der Bedingung, Niemanden zu begrüßen, zu kommen wagten. Seit zehn Jahren sind fast alle Souveräne Europa's offiziell unter freiem Himmel gekommen, um das merkwürdig instruktive Schauspiel eines großen Volkes zu betrachten, das plötzlich den inneren Streitigkeiten entrissen worden, die es erschöpften, und wie durch ein Wunder an die Spitze der Nationen wieder gestellt worden ist. Könige und Fürsten hatten bis dahin auf ihre Kosten gelernt, wie die Revolutionen anfangen; es war natürlich, daß sie zu lernen wünschen, wie sie unter der klugen und festen Hand eines Leiters (moderateur) und eines Hauptes endigen. Das kaiserliche Frankreich seinerseits hat ohne Stolz, aber mit gerechter Genugthuung diese königlichen Besuche empfangen. Es hat darin nur erblickt, was es erblicken mußte: nicht die monströse Koalition von zwei entgegengesetzten Prinzipien zu einem vorübergehenden Zweck, nicht einmal selbst die Möglichkeit eines elenden Kompromisses; sondern die Hoffnung, daß diese Zusammenkünfte viele Vorurtheile, Ränke und Gehässigkeiten fortschwinden lassen, daß sie ein Ziel setzen werden dem kostspieligen Schrecken, welcher seit funfzig Jahren die europäischen Nationen das Gewehr bei Fuß einander gegenüberstehen läßt; die Hoffnung endlich, daß, wenn Souveräne dazu gelangen, sich zu achten und sich zu verstehen, die Völker dazu gelangen, sich zu verstehen und sich zu lieben. Heute noch sieht Frankreich nichts Anderes in dem angekündigten und bevorstehenden Besuch des Königs von Preußen. Soll man der überrheinischen Presse Glauben schenken, so steht es nicht ganz ebenso in Deutschland. Die Anwesenheit des Königs Wilhelm in Compiègne setzt dort die Gemüther in Erstaunen, in Unruhe, in Leidenschaft. Die Zeitungen, deren ausschließliche und wohl bekannte Sympathien für Oestreich sind, haben anfänglich sich gestellt, als fürchten sie, daß der Schritt des preußischen Monarchen „„ein schwerer Fehler sei, der zu denen der Vergangenheit hinzukomme““; einige haben sogar laut gesagt, „„daß diese Zusammenkunft voll von Gefahren sei und daß die deutschen Interessen dem Egoismus Preußens geopfert werden sollen.““ Man würde Grund haben, zu erstaunen, daß eine so einfache Thatsache so viele Rekriminationen und Gewaltsamkeiten hervorgerufen hat, wenn man nicht wüßte, daß kürzlich das Wiener Kabinet, als es die Allianz Preußens nachsuchte, bei dem Berliner Kabinet eine Niederlage erlitt. Die Bedingungen, welche Oestreich stellte, waren gleichwohl, wenn man auf gewisse Informationen sich verlassen kann, sehr unerwartet: es gab die Direktion des deutschen Bundes auf: es schien sogar geneigt, Alles zum Opfer zu bringen, was ihm an Einfluß in Deutschland bleibt, wenn Preußen einwilligen würde, ihm hinreichenden Beistand zu leisten, um seine Situation im Innern zu befestigen, und um den Widerstand der Nationalitäten zu besiegen, welche von den Habsburgern ihre Autonomie verlangen. Das war nicht Alles: es lagen zu Grunde, behaupten die preußischen Blätter, ehrgeizigere und freilich noch chimärischere Projekte. Wie würde das konsolidirte Oestreich seine Versprechungen gehalten haben? Preußen hat selbst nicht einmal den Versuch machen wollen. Seine Zeitungen haben mit besonderer Bitterkeit daran erinnert, daß Wien die Undankbarkeit in die erste Reihe seiner politischen Tugenden setzt, und sie haben in beinahe verletzenden (blessantes) Ausdrücken sogar den Gedanken einer ähnlichen Allianz zurückgewiesen, würde sie selbst mit noch größeren Zugeständnissen bezahlt, als mit denen, welche man vorschlägt.

Bei dieser Haltung der Berliner Presse haben die östreichischen Zeitungen es für zweckmäßig erachtet, ihre Taktik zu ändern. In plötzlicher Umkehr hat namentlich die „Wiener Presse“ keinen Anstand genommen, ehrenvolle Abbitte zu thun. Sie hat anerkannt, daß es die zweideutige Haltung Oestreichs gegenüber Preußen war, welche schließlich, so zu sagen, dieses letztere gezwungen hatte, sich an die Spitze der Reformbewegung zu stellen. Aber wie? War selbst in dieser Beziehung nicht die Zusammenkunft in Compiègne nicht ein Unglück? „Sie mußte Mißtrauen zwischen den Liberalen und dem König Wilhelm erregen; sie mußte vor Allem das deutsche Vaterlandsgefühl beunruhigen. Sprach man nicht bereits von der Rheingrenze, welche im Voraus von dem Kaiser Napoleon gefordert und ihm zugestanden hat, als Sicherheit gegen, wir wissen nicht welches, einheitliche deutsche Reich, das zum Vortheil Preußens geschaffen wird?“ Die preußische Presse, wir fügen es mit Bedauern hinzu, so entschlossen gegenüber den Versprechungen Oestreichs, zeigt sich in diesem Augenblick weniger fest gegenüber diesen Insinuationen; Sie stammelt, daß der Besuch des Königs von Preußen nur ein reiner Höflichkeitsbesuch ist: der Kaiser Napoleon hatte seine Karte nach Baden gebracht, der König Wilhelm bringt die seinige nach Compiègne; das ist Alles! Die „Kölnische Zeitung“, das „Frankfurter Journal“ und einige andere autorisirtere Blätter, welche wir nicht nennen wollen, erklären, daß kein politischer Gegenstand zwischen den beiden Souveränen besprochen werden wird, „„weder aus dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen, noch aus dem Gesichtspunkt der außerdeutschen Fragen.““ Aus welchem Gesichtspunkte denn? Trotz unseres Wunsches, in keiner Weise bei der preußischen Presse und dem Theil der Bundes-Presse, welche ihr verbündet ist, anzustoßen, scheint es schwierig, zuzugestehen, daß die Souveräne der beiden Kontinentalmächte, welche die einflußreichsten und die festbegründetsten des alten Europa sind, zusammenkommen, lediglich um einige banale Höflichkeitsworte zu wechseln. Ihr wollet, daß die Anwesenheit des Königs von Preußen in Compiègne nichts weniger als ein politisches Ereigniß sei. Gut; im Grunde sind wir derselben Meinung: sie ist mehr als das. Hätte man mit dem Worte nicht in bedauerlichem Sinne Mißbrauch getrieben, so würden wir gern sagen: sie ist ein soziales Ereigniß, wir beschränken uns zu sagen, wenn ihr es lieber habt: sie ist zum allerwenigsten ein ökonomisches Ereigniß. Seit zwei Jahren werden bekanntlich die eifrigsten Unterhandlungen zwischen Potsdam und den Tuilerien geführt, zu dem Zwecke, die Schlagbäume des Zollvereins zu beseitigen und bezüglich den deutschen Waaren die französischen Märkte und den französischen Waaren die deutschen Märkte zu öffnen. Es ist das ohne Zweifel nach der Ansicht gewisser Geister eine untergeordnete Frage: in unseren Augen ist es eine Hauptfrage. Die politischen Verträge versöhnen nur die Regierungen: die Handelsverträge versöhnen die Nationen. Jene, so aufrichtig und loyal sie auch sein mögen, können durch den kleinsten Umstand gebrochen werden: diese, so unvollkommen man sie auch anfangs hinstellt, besiegen, wofern sie auf einem wahren Prinzip beruhen, alle Hindernisse und beherrschen schließlich die ersteren. Man frage heute die englische Aristokratie und man frage insbesondere den Lord-Bewahrer der fünf Häfen, was er von dem Vertrage Rouher und Cobden denkt und erwartet! Der König Wilhelm, wir haben davon bereits wiederholte Beweise, ist einer der Fürsten, welche zugleich ihr Land und ihre Zeit zu begreifen wissen. Die Festigkeit und die Geradheit (droiture) seines Charakters sind sprüchwörtlich geworden; er gehört zu dem Stamm der Fürsten, welche kühn ihren Völkern erklären: „daß sie ungerechte Vorurtheile und blinden Haß unter die Füße werfen; daß sie die Gunstbezeugungen einer ephemeren Popularität verschmähen, und nur die unparteiische Zustimmung der Nachwelt erstreben.“

Paris, 5. Okt. [Tagesnotizen.] Die Besorgnisse vor Brottheuerung und Hungersnoth sucht der „Moniteur“ heute durch die Erklärung zu beschwichtigen, daß nach den Ernteberichten der deutschen Zeitungen der Norden Europa's alle Länder, in denen die Ernte ungenügend ausgefallen sei, hinreichend versorgen könne; die Ostsee liefere in diesem Augenblicke enorme Massen Getreide, namentlich an Holland, und behalte doch noch großen Vorrath, so daß die Preise sinken; auch in Ungarn sei eine wahre Ueberfüllung in Cerealien. Eisenbahnen und Donaudampfer können die aufgehäuften Massen nicht fortschaffen, und selbst zum niedrigsten Preise finde man keine Käufer. — Der Handelsminister Rouher hat die neu annektirten Provinzen bereist und, wie der „Moniteur“ heute anzeigt, in Annecy vom dortigen Maire die feierliche Versicherung erhalten, daß, wenn auch einige Personen unerfüllbare Hoffnungen hegen und schüren, die Masse des Volkes nichts davon wisse und Hochsavoyen sich vollkommen glücklich fühle, zu Frankreich zu gehören. (?) — Der „Constitutionnel“ bedauert, daß die preußische und preußisch gesinnte Presse den thörichten Gerüchten, die seit längerer Zeit in Deutschland zirkuliren, den so oft erwähnten „injustes mefiances“, dem Abtretungs-Projekte des linken Rheinufers, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, williges Gehör schenke. Gegen diese Vorurtheile, gegen dies Mißtrauen, gegen diese ungerechten böswilligen Zumuthungen will das offiziöse Blatt nicht einmal ankämpfen, sie werden der

Ehre der Widerlegung nicht für werth erachtet. Preußen hat ja oft genug erklärt, daß es nie eine deutsche Einheit mit Aufopferung eines noch so geringen Landstriches erkaufen würde. Nur die Herren Chauvins, nur die Herren vom „Siècle", welche um die Gunst der heiligen Ignoranz buhlen, und denen die tiefsten Schlünde der Politik kein Geheimniß sind, haben von einer natürlicher Weise durch natürliche Grenze motivirten Annexion der linken Rheinseite gesprochen. Die kaiserliche Regierung hat sich jedoch von selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Verbreitung einer solchen Idee entgegengestellt. (Daraus folgt noch nicht, daß sie diese Idee nicht selbst habe. D. Red.) — Der „Moniteur der Insel La Réunion" meldet, daß die Königin Ranavolo auf Madagaskar am 18. August gestorben und ihr Sohn Rakoto zum Könige der Ovas ausgerufen worden ist, nachdem er sich seines Kousins, der auch um die Krone buhlte, und des ersten Ministers der alten Malyea'schen Partei durch Mord entledigt hatte. Derselben Zeitung zufolge hätte der neue König, bevor er die Krone übernommen, ausdrücklich vom Kaiser Napoleon den Schutz Frankreichs erbeten. Das Land soll ruhig sein und haben die meisten dort Handel treibenden Franzosen dem neuen Könige in dessen Residenz Emyrne ihre Glückwünsche dargebracht.

Italien.

Turin, 2. Okt. [Das spanische Kollegium in Bologna.] In Bologna besteht ein ausschließlich zur Erziehung und Heranbildung spanischer Jünglinge vor vielen Jahren von dem spanischen Kardinal Egidio Albornoz unter dem Titel „königlich spanisches Kollegium" begründetes Institut, welchem der Stifter bedeutende Güter zuwies, aus deren Erträgnissen die Unterhaltungskosten bestritten werden sollen. Die piemontesische Regierung hat nun die Einkünfte dieses Instituts mit Beschlag belegt, also spanisches Eigenthum sequestrirt, und eine im „Monitore di Bologna" veröffentlichte amtliche Kundmachung fordert überdies die Schuldner der Anstalt auf, bis auf Weiteres, unter der Gefahr, zweimal zahlen zu müssen, keine Zahlungen an dieselbe zu leisten. Motivirt wird diese Maaßregel mit der Erklärung, daß der Vorstand der Anstalt sich geweigert habe, die piemontesische Autorität anzuerkennen; der wirkliche Grund ist ohne Zweifel der bekannte zwischen Turin und Madrid wegen der verweigerten Herausgabe der neapolitanischen Archive obwaltende Streit. Der erwähnte Vorstand hat in demselben italienischen Blatt einen Protest veröffentlicht, in welchem er alle über die ihm unterstehende Anstalt getroffenen Verfügungen als null und nichtig erklärt, die Schuldner zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen auffordert und sein Vorgehen damit rechtfertigt, daß der Gründer des Kollegiums dasselbe in keiner Weise der Aufsicht irgend einer, also auch nicht der piemontesischen Lokalbehörde von Bologna untergestellt habe.

Turin, 3. Okt. [Tagesnotizen.] Ich komme nochmals darauf zurück, Ihnen ungeachtet der Dementi der „Opinione" die Richtigkeit meiner Angaben in Bezug auf von hier nach Paris gesandte Vorschläge in der römischen Frage zu verbürgen. Man mag hier jetzt diesen Versuch nicht eingestehen, weil Frankreich nicht in der Lage ist, sich in den nächsten Tagen damit zu befassen. — General Cialdini wird schon in der nächsten Zeit hier erwartet; die Regierung hat aber noch immer keinen passenden Gouverneur für Neapel gefunden. Die politische Demonstration zu Gunsten einer raschen Erledigung der römischen Frage wußte der italienische General noch zu hintertreiben. In Folge der hervorgerufenen Aufregung und auch, um Mißdeutungen vorzubeugen, ist auch die Feier des Jahrestages der Schlacht am Volturno in Neapel abgesagt worden, dagegen wurde diese Feier in Mondovi von den Offizieren der Division Türr begangen. Diese haben ihrem General ein Bankett gegeben, welchem er und seine Frau begewohnt haben. Beim Dessert brachte Türr einen Toast auf Garibaldi aus, welcher mit stürmischem Beifalle aufgenomnen wurde. Nach ihm sprachen Andere, und es wurde auch die Gesundheit von Kossuth und Klapka ausgebracht. — Ratazzi wird im Laufe der nächsten Woche Paris besuchen. Er wird in Paris jederfalls dem Kaiser seine Aufwartung machen, aber er geht ohne jede Mission nach Frankreich, womit nicht auch gesagt sein soll, daß eine Unterredung des italienischen Kammerpräsidenten mit Napoleon III. als eine gleichgültige Thatsache anzusehen sei. — Man hat der italienischen Legation in Paris den Herzog von Noja in der Eigenschaft eines Attaché gesandt. Dieser junge Mann, welcher einen der schönsten Namen des ehemaligen Königreichs Neapel führt, und welcher mit den größten Familien beider Sicilien in Familienverbindung steht, hat im verflossenen Jahre den Feldzug Garibaldi's mit Auszeichnung mitgemacht. — Eine Person, welche aus Caprera kommt, bringt mir Kunde von Garibaldi. Der General, der seit einigen Tagen an Rheumatismus leidet, befindet sich nun wieder besser, doch leidet er noch immer an einer Schwäche in den Beinen. Seine Tochter, welche in Begleitung ihres Gatten ihren Vater zu besuchen kam, ist so eben wieder nach Genua zurückgekehrt. (K. Z.)

Turin, 6. Okt. [Der französische Staatsminister Rouher] ist hier angekommen. (Tel.)

Neapel, 4. Okt. [General Borges] ist nach heißem Kampfe gefangen genommen worden. Man fand bei ihm wichtige Briefe von den Generalen Bosco und Lamoricière. (Tel.)

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Okt. [Der Erzbischof †; die Demonstrationen; das Theater.] Der römisch-katholische Erzbischof Anton Melchior Fijałkowski ist heute früh um 7 Uhr gestorben. Das Programm über die Ausstellung der Leiche und das Begräbniß wird übermorgen bekannt gemacht werden. Der hohe Prälat war am 3. Januar 1778 geboren, ist also 83 Jahr und 9 Monate alt geworden. Den Metropolitansitz bekleidete er 25 Jahre. Die Leichenfeierlichkeiten werden voraussichtlich schon durch die allgemeine Betheiligung der Bevölkerung ganz imposant werden. Es läßt sich vermuthen, daß an dieser Manifestation selbst unsere höchsten Kreise ziemlich vollzählig theilnehmen werden. — Heute früh hatten die Beamten ihren patriotischen Gottesdienst im Dome zu St. Johann. Die weiten Räume der Kathedrale waren gedrängt voll, und die nach derselben führenden Straßen waren vor dem Beginn und nach dem Schlusse der Messe ungewöhnlich stark belebt, so daß man die zahlreiche Vertretung des Beamtenstandes bei uns recht ad oculos demonstrirt bekam. 3—4000 mögen anwesend gewesen sein. — Sehr neugierig ist man auf die Ereignisse in Horodlo am 10. d. M. Trotz des Verbots der Regierung soll ein bedeutender Andrang von Menschen an jenem Orte erwartet werden. Jedenfalls aber wird die Regierung durch polizeiliche Maaßregeln auf den jenem Städtchen zunächst gelegenen Stationen die Reisenden anhalten und rückwärts dirigiren lassen. — Im Theater fanden dieser Tage zahlreich besuchte Probevorstellungen statt. Unter andern wurde eine neue Oper eines hiesigen Komponisten gegeben, die jedoch nur getheilten Beifall gefunden haben soll. Dagegen zeichneten sich unsere Schauspieler bei einigen bessern nationalen Dramen, sowie in den „Horaziern" von Corneille durch theilweise ganz vorzügliches Spiel aus. Die Intendanz hatte ihrerseits Alles aufgeboten, um eine günstige Beurtheilung bei dem theils geladenen, theils freiwillig herbeigeströmten Publikum zu erreichen. Die Eröffnung der Theater scheint übrigens in kürzerer Zeit bevorzustehen, als wir neulich noch vermutheten. (Schl. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 28. Sept. [Donaufürstenthümer-Konferenzen; Militärisches; kirchliche Wirren ꝛc.] Da Graf v. d. Goltz, der neulich einen Sturz vom Pferde erlitten, noch nicht ganz wieder hergestellt ist, so werden in seiner Wohnung zu Bujukdere jetzt die Konferenzen in Sachen der Donaufürstenthümer gehalten, auf deren definitive Vereinigung die hohe Pforte jetzt selbst angetragen hat. — Noch immer scheint die Frage, ob das preußische Artilleriesystem in der Türkei beibehalten wird, in der Schwebe. Sind wir recht unterrichtet, so hätte der Sultan in der freieren Unterredung mit dem General v. Willisen zwei Mal absichtlich dessen einleitende allgemeineren Aeußerungen über das türkische Heer mit dem Ausdrucke abgeschnitten: „Das soll besser werden!" Das Geschenk in sehr großen Zeichnungen der neuen türkischen Uniformen dürfte wohl am passendsten durch eine bildliche Darstellung des preußischen Heeres und seiner Uniformen, namentlich der artilleristischen, erwidert werden. Dem Orientalen imponirt ein hübsches Bild sehr und er läßt sich nicht selten von vorne herein durch ein solches gewinnen. Das verstehen die Franzosen sehr gut und geben der Sache einen „chique", sollten sie diesen auch mit dem Wort „Schick" sich erst aus Deutschland holen müssen. Sonderbarer Weise bekommt sogar jetzt die Türkei ihren Türken mit „chique" aus Paris als „Zuaven" zurück. — Die religiös-nationalen Zerrungen dauern noch immer fort. Während die katholisch-unirten Geistlichen der Bulgaren im Lande selbst Seitens der Griechen und Altbulgaren mißhandelt und ermordet werden, publizirt der „Courrier d'Orient" neue Beitritte von höheren Geistlichen. — In Kustendsche flüchtete sich am 12 d. mit dem Abendzuge ein Frauenzimmer in tatarischer Tracht aus dem Tatarenstädtchen Medschidie nach dem östreichischen Konsularagenten und behauptete, eine von einem Tataren ergriffene und zwei Jahre hindurch eingesperrte Polin zu sein. Sie wurde per Dampfschiff hierher expedirt. — In Hasköi am goldenen Horn hat ein Jude Abram einen anderen Juden, der Christ geworden war und beim englischen Missionar diente, ermordet. (K. Z.)

Amerika.

Newyork, 20. Sept. [Der Bürgerkrieg.] In Maryland hat die Regierung eine energische That gewagt. Sie hat am 19. d. die Staatshauptstadt Frederick militärisch besetzt, die sezessionistischen Mitglieder der Gesetzgebung, die sich dort versammelt hatten, um die Rebellenarmee nach Maryland einzuladen, festgenommen und so thatsächlich die Gesetzgebung aufgelöst. — Man fängt an zu glauben, daß Beauregard und Johnston die Idee einer Hauptschlacht am Potomac aufgegeben haben und sich nur so dicht vor den Bundeslinien verschanzen wollen, daß das Bundesheer seinerseits nicht zur Offensive schreiten kann. — Von etwa 2000 flüchtigen Sklaven, welche sich in der Festung Monroe befinden, ist ein Theil nach Washington beordert worden; die Männer sollen dort zu Schanzarbeiten, die Frauen zum Küchendienst im Lager verwendet und für ihre Dienste bezahlt werden. Die Blenker'sche Division besteht jetzt schon aus 7 deutschen Regimentern. — Während der letzten 12 Tage hat der Bezirksanwalt auf Kondemnirung von 22 Prisenfahrzeugen angetragen und der Surveyor kürzlich 42 Schiffe im Namen der Regierung konfiszirt. Außerdem sind in derselben Zeit bedeutende Summen baaren Geldes und Eigenthums von großem Werthe, Bürgern der Rebellenstaaten zugehörig, hier konfiszirt worden. — Depeschen aus Washington lassen vermuthen, daß General Fremont, wenn er noch nicht abgesetzt ist, bald durch einen anderen General ersetzt sein wird. Der Präsident soll mit Fremonts militärischer Taktik gründlich unzufrieden sein. General Scott soll es unerklärlich finden, daß Fremont, obgleich ihm eine starke Truppenzahl zu Gebote stand, Lexington und andere Orte fast gänzlich unvertheidigt ließ. Von der britischen Regierung wird wegen der außerordentlichen Truppenanhäufung in Kanada keine Erklärung verlangt werden. Die Regierung behält sich stillschweigend das Recht vor, eben so in der Nähe der kanadischen Grenze Truppen zu konzentriren, ohne einen Grund dafür anzugeben.

Dem Reuter'schen Telegraphenamt sind folgende tendenziös gefärbte Nachrichten direkt aus den südlichen Staaten zugekommen. Das Baumwollahlehen für die Regierung betrug am 6. Septbr. 1 Mill. Ballen Baumwolle. — An demselben Tage, dem Tage, an dem er todt gesagt wurde, erschien Präsident Davis auf seiner Amtsstube in Richmond und versah seine amtlichen Geschäfte. — Es bestätigt sich, daß die spanischen Behörden in Kuba den unter den konföderirten Flaggen segelnden Schiffen denselben Schutz angedeihen lassen, wie den Schiffen, die unter irgend einer anderen Flagge fahren. — In Richmond schätzt man den vom Feinde bei Manassas erlittenen Verlust auf 15,000 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen. — M'Clellan ist zwischen dem Potomac und den Linien Beauregards und Johnsons eng eingezwängt. — Dem Verlust von Hatteras legte man gar kein Gewicht bei. — Die Presse im Süden hat die vollste Freiheit, die öffentlichen Angelegenheiten zu besprechen. Nie war ein Volk herzlicher geeinigt, als es die Bürger der konföderirten Staaten sind. — Die Baumwollernte hatte begonnen und die Pflanzer schichteten ihren Vorrath in ihren Pflanzungen auf, wo er bis zur Aufhebung der Blokade zur Verfügung der Regierung liegen bleibt.

Aus **Havanna** unterm 10. d. wird gemeldet, daß der dortige Generalkapitän folgende Proklamation erlassen habe, welche auf eine baldige Anerkennung der Rebellen Seitens der spanischen Regierung hindeutet: „Havanna, den 31. August. An die Zolldirektoren der Insel. 1) Schiffe unter der Flagge der Konföderation des Südens werden in den Häfen dieser Insel für legitime Handelszwecke zugelassen werden, vorausgesetzt, daß die Dokumente, welche sie vorzeigen, nicht den geringsten Argwohn wegen Kaperei, Betrugs oder anderer Verbrechen, welche nach Völkerrecht strafbar sind, einflößen. 2) Wenn diese Schiffe einmal in unseren Häfen sich befinden, so werden sie unter dem Schutze der durch den Gouverneur kraft königl. Dekretes vom 17. Juni proklamirten Neutralität stehen und können bei Landung, Löschung ꝛc. nicht belästigt werden. 3) Alle Autoritäten werden die obigen Schiffe als solche betrachten, welche von einer Nation kommen, die in diesem Territorium keine Konsuln akkreditirt hat."

Angekommene Fremde.

Vom 7. Oktober.

BAZAR. Probst Suchocki aus Ptaszkowo, Gouvernante Hennig aus Polen, die Gutsb. Graf Miączyński aus Pawłowo, v. Bronikowski aus Wilkowo, v. Koczorowski aus Dembno, v. Radoński aus Krzeslic, v. Radoński aus Kociałkowagórka, v. Bronikowski aus Kocieszyn und v. Żychliński aus Uzarzewo.

EICHBORN'S HOTEL. Dr. phil. Rosenstein aus Breslau, Kaufmann Lißner aus Neustadt a. W. und Frau Kaufmann Banselt aus Santomysl.

BUDWIG'S HOTEL. Oberinspektor Strödel aus Gnesen, Viehhändler Klakow aus Guschterhauland, Frau Kaufmann Lewin aus Dolzig, die Kaufleute Guttmann aus Grätz, Katz aus Rogasen, Cohn aus Lobsens, Mehlich sen. und jun. aus Mikosław, Lövy, Prinz und Abraham aus Wongrowitz.

DREI LILIEN. Lehrer Junker aus Mur. Goślin, Mühlenbesitzer Jänsch aus Unruhstadt und Partikulier v. Karczewski aus Oizeszkowo.

Vom 8. Oktober.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsb. Graf Schwarzenau aus Dommerei, Baron Ritz von Lichtenau aus Lichtenau, v. Brandt aus Kranz und v. Sänger aus Polajewo, Landwirth Keyser aus Sempelhof, Gutsb. Limann aus Sierosław, Rentier Reißiger aus Gnesen, die Kaufleute Laseron aus Berlin, Schöps aus Kobylin, Kettler aus Hagen, Pitsch aus Breslau und Moses sen. aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Kennemann aus Klenka, Fenner aus Zelazno und v. Bronikowski aus Kuschten, Reg. Assessor v. Rebeur aus Frankfurt a. O., Apotheker Wolff aus Breslau, Predigtamts-Kandidat v. Kretschmann aus Stettin, die Kaufleute Liebert aus Breslau, Fiedler aus Leipzig, Winkler und Schneidermeister Rösler aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Komtesse Czarnecka aus Rakwitz, die Gutsb. Frauen v. Żółtowska aus Ujazd, v. Koczorowska aus Jasin und v. Gräve aus Borek, Gutsb. Jauernik aus Strzeszki, Gutspächter v. Trampczyński aus Bielawy und Kaufmann Scheerer aus Konstanz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsb. v. Tuchhold aus Stanowo, Rittergutsb. Konarski aus Königsberg i. Pr., die Kaufleute Rohbran aus Magdeburg und Fleury aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Apotheker Czajka aus Kriewen, Gutspächter Szulczewski aus Kopaszyn, die Gutsb. Wolf aus Dobieżyn und Wisliceny aus Konarskie, die Zuckerfabrikanten Blume aus Dierdorf und Voigt aus Magdeburg.

HOTEL DE PARIS. Ackerwirth Andrzejewski aus Strzałkowo, die Gutsbesitzer v. Malczewski aus Swinary und v. Wilkoński aus Chwalibogowo.

HOTEL DE BERLIN. Landwirth Löter aus Chwałkowo und Kreisbaumeister Langenbeck nebst Frau aus Wreschen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Lebensbedürfnisse für die städtischen Anstalten auf das Jahr 1862 soll im Wege der Minus-Lizitation vergeben werden.

Wir haben den Lizitationstermin auf den

21. d. Mts. Vormittags 11 Uhr

vor dem Stadtrath Herrn **Au** anberaumt und laden Lieferungslustige zu demselben mit dem Bemerken ein, daß die näheren Lieferungsbedingungen bis zum Termine in unserer Registratur eingesehen werden können.

Posen, den 1. Oktober 1861.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen,
Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 11. Juni 1861.

Das dem Apotheker **Rudolph Ludwig Friedrich Daehne** gehörige, unter Nr. 241 zu **Posen**, Vorstadt St. Martin, Wilhelmsstraße Nr. 22, belegene Grundstück nebst Apothekengerechtigkeit, ausschließlich der Apothekengerechtigkeit abgeschätzt auf 41,566 Thlr. 21 Sgr 7 Pf. und mit Einschluß der Apothekengerechtigkeit abgeschätzt auf 69,726 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf. zufolge der nebst Hypothenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

23. Januar 1862 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung ans den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, nämlich:

1) das Fräulein **Henriette Schneekönig** von hier,
2) der Apotheker **Albert Rabsch** aus **Görlitz**, resp. deren unbekannte Erben,
3) die **Pauline** geschiedene **Fürst** geborne **Mosino** von hier,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Holzverkauf.

Der zum 18. Oktober c. Vormittags 10 Uhr im Forstkassenlokal zu **Moschin** anstehende Holzverkaufstermin wird aufgehoben und auf **Montag den 21. Oktober c. Vormittags 10 Uhr** verlegt.

Forsthaus Ludwigsberg, den 7. Okt. 1861.

Der Oberförster **Spieler.**

Ich kann noch vier Schülerinnen zum Musikunterricht annehmen.

Elise Markowska geb. **Gerłowska**, Wilhelmsstraße 23, 3 Treppen hoch.

Meine Pensionsanstalt für Knaben befindet sich jetzt **Wasserstraße Nr. 28** im 1. Stock und können nur noch einige Pensionäre und Halbpensionäre Aufnahme in derselben finden. **Posen**, den 7. Oktober 1861.

Hoffstaedt.

Kölner Kunstauktion am 28. Oktober 1861,

von **Gemälden und Kunstsachen**, darunter die von Herrn Hofrath **Spitz** in **Bonn** nachgelassene Gallerie ꝛc. Kataloge sind in der **Kunsthandlung von *J. Lissner* in Posen** gratis zu haben, woselbst auch Aufträge zu dieser Auktion entgegen genommen werden.

Ein **Vorwerk** von 542 Morgen gutem Acker inkl. 54 Morgen Wiesen, wobei sich eine Wassermühle befindet, welche 500 Thlr. Pacht bringt, an einer Kreisstadt sowie an der Chaussee belegen, soll für den festen Preis von 20,000 Thlr. verkauft werden. Anzahlung 6000 Thlr. Ref. werden gebeten, ihre Adresse unter Chiffre ***R.*** poste restante **Posen** einzusenden.

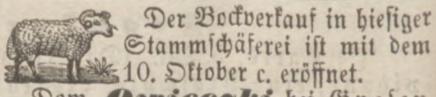
An Magenkrampf und Verdauungsschwäche ꝛc.

Leidende erfahren Näheres über die Dr. **Doeck**'sche Kurmethode durch eine so eben erschienene Broschüre, welche gratis ausgegeben wird in der Expedition dieses Blattes.

Heu-Verkauf.

An 20 Haufen Heu zweiten Schnittes, gut und trocken, stehen zum Verkauf auf der Wiese hinter dem Eichwaldsthore, links vom Eichwaldswege. Näheres im Komptoir der Maschinenfabrik von **H. Cegielski.**

Graben Nr. 37 ist schockweise **Buxbaum** zu verkaufen.



Der Bockverkauf in hiesiger Stammschäferei ist mit dem 10. Oktober c. eröffnet.

Dom. ***Owieczki*** bei **Gnesen**, den 6. Oktober 1861.

(Beilage.)